

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1.40 Einlagen in die Postzeitungsliste Nr. 64/2.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Stellen-Anzeigen die 3 gespaltenen Kolonnen-Zeile 50 J. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von H. Borch. Druck von E. A. S. Reiter & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: J. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluss 3002.

Der Krieg und der Verband.

Und weiter rollt der Zeiten Rad. Und weiter hält der Tod die Mahd. Denn unsrer Augen blutige Saat, Verspricht ihm reiche Ernte.

Es ist gut, daß jetzt niemand weiß oder berechnen kann, wieviel Menschen und Menschenwert dieser Krieg schon vernichtet hat und noch vernichten wird. Denn es ist möglich, daß jeden Wissenden ein unermessliches Grauen zwingen würde, aus dem Leben zu flüchten, selbst wenn er statt des Herzens einen Stein trüge. So stehen wir in einer unübersehbaren Gegenwart und vor einer ungewissen Zukunft, aber im Herzen die unausrottbare Hoffnung, daß die Dinge sich schon zum Besten für uns kehren werden. Der eine gründet diese Hoffnung auf die Güte seines Gottes, an den er glaubt, der andre auf die Güte unsrer Truppen und ihrer Waffen, der dritte auf nichts oder doch nur auf seine Wünsche. Alle aber hoffen. Und das ist gut so. Nur sollte diese Hoffnung nicht ausarten in jene prahlerische Ueberhöhung der eigenen Macht, die jeden Gegner unter die Füße redet und den Sieg als eine Selbstverständlichkeit in der Tasche hat. Denn diese hierbarmtägige Selbstherrlichkeit, die von einsichtslosen Leuten zuweilen als höchster Patriotismus gepriesen wird, bricht unfehlbar zusammen und schlägt in ihr Gegenteil, in düstere Verzweiflung, um, wenn die Dinge einmal anders laufen. Und dann wird sie zu einem gefährlichen, auflösenden Faktor, der uns mehr Schaden kann als der Mißerfolg, der ihn geboren.

Soweit sich bei Abfassung dieser Zeilen die Kriegslage übersehen läßt, ist sie für Deutschland durchaus günstig. An unsrer Ostgrenze sind die Russen mit Erfolg zurückgeschlagen, und im Westen haben unsre Truppen nicht unbedeutende Erfolge über die Belgier und Franzosen erzielt. Auch Oesterreich, Deutschlands Verbündeter, berichtet über Erfolge an zwei Fronten. Und wenn sich die beim Abschluß dieser Nummer eintreffenden Nachrichten als richtig herausstellen, kann man sogar schon von fast entscheidenden Siegen im Westen sprechen. Es ist jedoch zu bedenken, daß wir den Krieg gegen halb Europa — und neuerdings auch noch gegen eine asiatische Macht — führen müssen und daß deshalb selbst bei den außerordentlich erfreulichen Erfolgen unsrer Truppen an eine baldige Beendigung dieses Ringens leider nicht zu denken ist. Immerhin dürfen die bisher erzielten Erfolge unser Vertrauen auf einen für Deutschland günstigen Ausgang des Krieges stärken.

Weniger Günstiges als von den Grenzen ist aus dem Innern, vom Wirtschafts- und Arbeitsmarkt, zu melden. Die Arbeitslosigkeit hat nicht ab-, sondern zugenommen, die durch den Krieg herbeigeführte Not ist nicht kleiner, sondern größer geworden. Unsrer Wochenachweise über den Umfang der Arbeitslosigkeit zeigen ein sehr trübes Bild. Leider sind die Erhebungen auch dieses Mal unvollständig. Wir verstehen es gewiß, wenn in dieser Zeit nicht alles wie am Schnürchen geht, aber es muß dennoch entschieden bedauert werden, daß die vom Vorstand ausgegebenen Berichtskarten nicht allgemein und pünktlich ausgefüllt und abgesandt werden. Diese Karten ermöglichen einen laufenden Ueberblick über den Umfang und die Veränderung der Arbeitslosigkeit im Verbandsgebiet. Ein solcher Ueberblick ist aber so außerordentlich wichtig und bestimmend für alle Maßnahmen des Verbandes, daß jede Zahlstellenleitung sich bemühen sollte, für die rechtzeitige, sachgemäße und pünktliche Ausfüllung dieser Karten zu sorgen.

Eingeliefert war das Material für 153 645 (darunter 17 352 weibliche) Mitglieder, also fast genau für dieselbe Zahl wie in der ersten Woche. Davon waren 2122 krank, 17 762 arbeitslos (1. Woche 13 006) und 27 803 (1. Woche 25 302) zum Heere eingezogen. Auch diese Zahlen sind noch nicht endgültig; durch die inzwischen erfolgte teilweise Einziehung des Landsturmes erleiden sie eine wesentliche Verschiebung. Nach dem Berichtstand auf den Gesamtverband umgerechnet waren am Ende der 2. Mobilmachungswoche rund 24 000 Mitglieder arbeitslos und 36 000 zum Kriegsdienst eingezogen. Die Veränderung der Verhältniszahlen zeigt folgende Zusammenstellung:

Es waren von je 100 Mitgliedern		
	1. Woche	2. Woche
krank	2	2
arbeitslos	9	12
zum Kriegsdienst eingezogen	16	18
zusammen	27	32

Die Bruchteile sind abgerundet, um die Ueberfracht recht einfach zu machen. Die Zahl der Erkrankten ist etwas zurückgegangen, die Zahl der Arbeitslosen ist dagegen noch bedenklich gestiegen. Ebenso die Zahl der Eingezogenen. Hoffentlich zeigt das Resultat der nächsten Woche wenigstens in der Zahl der Arbeitslosen ein günstigeres Bild. Jedenfalls wird jedes unbefangene und einsichtige Mitglied aus dem oben wiedergegebenen Resultat der Umfrage im Verbandsgebiet ohne weiteres den Schluß ziehen müssen, daß der Vorstand des Verbandes zu außerordentlichen Maßnahmen gezwungen war, um diesen außerordentlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen.

Welche Maßnahmen der Vorstand angeordnet hat, um dem Verbandsgebiet die weitgehendste Erfüllung der Pflichten, die ihm die Kriegszeit auferlegt, zu ermöglichen, ist in der vorigen Nummer

des „Proletariers“ bekanntgegeben. Wie schon früher mitgeteilt, soll die Krankenunterstützung aufgehoben, dafür aber den Familien der zum Kriegsdienst eingetretenen Mitglieder eine Beihilfe zu den Unterhaltskosten in Form einer Notunterstützung gegeben werden. Diese Unterstützung kann und soll nur ein Zusatz zu Unterstützungen aus andern Quellen sein, sie soll nur helfen, übergroße Not zu lindern. Daraus folgt, daß sie überall da nicht gegeben wird, wo das Einkommen einer Familie ohne diesen Zuschuß zur Bestreitung des Lebensunterhalts ausreicht; sie soll vor allem auch da nicht gegeben werden, wo die Gemeinden ihre Unterstützung um die aus der Verbandskasse gegebene Summe verringern. Die Unterstützung hat den ausgesprochenen Zweck, die Mitglieder des Verbandes günstiger zu stellen als die Unorganisierten, die es versäumt oder abgelehnt haben, durch Anschluß an die Organisation für schlechte Zeiten vorzuforgen. Es muß also den Gemeinden, die ihre eigene Kasse auf Kosten des Verbandes schonen wollen, gesagt werden, daß die Familien unsrer Mitglieder auf die Unterstützung aus Verbandsmitteln keinen Rechtsanspruch, ja nicht einmal einen statutenmäßigen Anspruch haben, daß wir vielmehr nur von Fall zu Fall und nur dort unterstützen, wo wir eine Notlage als vorhanden anerkennen. Einsichtige Gemeindeverwaltungen werden die Berechtigung unseres Standpunktes auch würdigen.

Die Unterstützung der Arbeitslosen war ursprünglich anders vorgesehen. Eine Konferenz der Vertreter der Verbandsverbände hatte am 2. August allgemeine Grundzüge für eine einheitliche Gestaltung dieser Unterstützung geplant, die Beschlußfassung jedoch einer weiteren Konferenz vorbehalten. Inzwischen hatten einige Verbände ihre Maßnahmen selbstständig getroffen, so daß die Vorstandskonferenz am 17. August allgemeine gültige Bestimmungen nicht einmal mehr in den Grundzügen treffen konnte, sondern es den Verbänden überließ, die Unterstützung nach eigenem Ermessen zu regeln. Der Vorstand unsres Verbandes hat darauf nach eingehenden Beratungen den Beschluß gefaßt, bei Arbeitslosigkeit die bisher geltenden Sätze der Erwerbslosenunterstützung auch weiterhin zu zahlen. Damit gelten natürlich auch die alten Pensions- und Bezugszeiten weiter. Der Vorstand hofft, mit den vorhandenen Mitteln des Verbandes und den zu erwartenden laufenden Einnahmen die so übernommenen ganz außerordentlichen Verpflichtungen erfüllen zu können. Zwar ist anzunehmen, daß die nächsten Wochen eine teilweise Besserung des Arbeitsmarktes bringen und daß dadurch die erforderliche Summe ermäßigt wird. Aber selbst wenn wir das erhoffen und damit rechnen, so bleiben immer noch Verpflichtungen in einem Umfang bestehen, der uns zwingt, eine Herabsetzung der Ausgaben auf andern Gebieten anzustreben, um die drängendsten Verpflichtungen recht lange erfüllen zu können.

Die Aufhebung der Krankenunterstützung ist eine von oben gezeichneten Erwägungen diktierte Maßnahme. Gewiß wird sie manches erkrankte Mitglied hart treffen; jedoch mußte die Rücksicht auf einzelne der Rücksicht auf die Gesamtheit untergeordnet werden. Unsrer erkrankten Mitglieder sind fast ohne Ausnahme gegen Krankheit versichert und erhalten eine Krankenunterstützung aus der Krankenkasse. Sie müssen versuchen, damit vorläufig auszukommen. Wer erwerbsunfähig krank ist, aber aus keiner Krankenkasse Unterstützung erhält, kann vom Verbandsverband die Arbeitslosenunterstützung beziehen. Die Krankenunterstützung kostete uns im letzten Jahre rund 1 Million Mark. Von dieser Summe einen Teil für die ungeheuren Anforderungen der Kriegszeit flüssig zu machen, ist ein berechtigtes Bestreben. Das werden, davon sind wir überzeugt, letzten Endes auch alle einsichtigen Mitglieder anerkennen.

Neben Verminderung der Ausgaben muß der Verband versuchen, seine Einnahmequellen offen zu halten, wenn möglich neue zu erschließen. Die wesentlichsten, ja die einzig wesentlichen Einnahmen des Verbandes sind die Beiträge der Mitglieder. Wenn alle noch in Arbeit stehenden Mitglieder pünktlich und regelmäßig ihre Beiträge entrichten, so werden damit — trotz der Einziehung und der Arbeitslosigkeit — Summen frei, die dem Verbandsverband die Fortführung seiner in der augenblicklichen Zeit ganz ungemein segensreichen Unterstützungstätigkeit erleichtern. Wir schließen deshalb auch diese Ausführungen mit der dringenden Ermahnung an alle noch in Arbeit stehenden Mitglieder, nicht nur zur Aufrechterhaltung ihrer Ansprüche, sondern auch aus brüderlicher Solidarität, aus echter gewerkschaftlicher Kollegialität die Pflichten an den Verband voll und gern zu erfüllen.

Wer es nur irgend kann, sollte ein übriges tun. Wir haben schon kurz mitgeteilt, daß alle Angestellten des Verbandes mindestens den vierten Teil ihres Gehaltes der Verbandskasse zur Verfügung stellen, um den Unterstützungsfonds zu stärken. Es wäre erfreulich, wenn diejenigen Mitglieder, die in lohnender Arbeit stehen und voraussichtlich voll weiterbeschäftigt werden, sich gleichfalls eine freiwillige Beisteuer zu den Kriegskosten des Verbandes auferlegen würden. Die Stunde gebietet uns, Opfer zu bringen, soweit wir nur können. Und die größten werden immer noch gering sein im Vergleich zu denen, die unsre Brüder im Felde bringen müssen.

Der Organisation treu bleiben!

Die „Arbeitsmarkt-Correspondenz“ schreibt: Daß der Arbeitsmarkt vom Kriegszustand hart betroffen wird, wird der Arbeiterbevölkerung heute schon klar geworden sein. Wir stehen erst am Anfang des Krieges, aber die ersten Rückwirkungen auf den Arbeitsmarkt waren schon heftig genug. Bei den ersten Wirkungen bleibt es aber nicht, es werden vielmehr bei dem mordernen Aufbau unsres wirtschaftlichen Organismus sich späterhin noch recht tiefgreifende Schädigungen auf dem deutschen Arbeitsmarkt einstellen. Da ist es Aufgabe eines jeden Arbeiters, daß er sich fragt, wie er sich gegen eventuelle Gefahren und wirtschaftliche Schädigungen am besten schützen kann. Wie soll er sich verhalten, wenn er arbeitslos oder krank wird? Bei dem Druck, unter dem sich auch die Arbeiterbevölkerung befindet, wird der Arbeiter sparen müssen wo er nur kann, er wird seine Ausgaben in jeder Weise einzuschränken haben. Dabei wird für viele auch die Frage entstehen, ob sie nicht die Beiträge für ihre Organisation sparen sollen. Nun wäre gerade etwa das Trübsalste und Beste, was ein Arbeiter in jeglicher Zeit tun könnte, wenn er diese Frage damit beantworten würde, daß er sich sagte: „Ich trete jetzt der Not gehorchend aus der Organisation aus; später werde ich dann wieder beitreten.“ Wer so denkt und danach handelt, der schadet nicht nur sich selbst, sondern er schadet der Sache der Arbeiter. Denn die Organisation des Arbeiters bildet gerade in schweren Zeiten einen Rückhalt und einen Stützpunkt, dessen Fehlen zu einer Entfesselung der schärfsten Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt führen muß. Verschärfte Konkurrenz bedeutet aber Lohnrückgang und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, von welchen Uebeln jeder einzelne Arbeiter mehr oder weniger getroffen würde. Ein Zusammenhalten der Arbeiter vermag allein diesen Uebeln einigermaßen zu steuern. Die Organisationen werden durch einen Ueberblick über den Arbeitsmarkt bemüht sein, die verfügbaren Arbeitskräfte so gut wie möglich zu verwerten, indem sie unterstützt durch die Arbeitsnachweise und durch die Behörden alles veranlassen, was die Arbeitsgelegenheit vermehren kann und was den Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage fördert. Eine derartige Tätigkeit kann aber nur entfaltet werden, wenn die Arbeiter ihre Organisationen leistungsfähig erhalten. Da durch die Mobilmachung ein großer Teil der Mitglieder den Organisationen für die Dauer des Krieges und darüber hinaus verloren ging, so ist es doppelte und dreifache Pflicht der Zurückgebliebenen, die Aufrechterhaltung der Organisationen zu gewährleisten. Das sind sie nicht nur ihrem eigenen Interesse, sondern auch den zu den Fahnen geeilten Kollegen schuldig.

Der Arbeiterschutz in Kriegszeiten.

In Nr. 33 des „Proletariers“ teilten wir mit, daß einige Schutzbestimmungen der Gewerbeordnung, die Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter gegen eine allzu lange Arbeitszeit schützen sollen, durch ein Notgesetz vom 4. August vorläufig außer Kraft gesetzt sind. An diese Mitteilung knüpften wir folgende Bemerkungen: „Selbstverständlich dürfen und sollen diese Bestimmungen nur in solchen Fällen Anwendung finden, in denen sie geeignet sind, einen tatsächlichen Notstand zu beheben oder zu verhindern. Es ist z. B. denkbar, daß durch die Einziehung aller wehrfähigen Männer in bestimmten, für die Versorgung des Volkes mit Unterhaltsmitteln oder des Heeres mit Kriegsmitteln, Verbandzeug, medizinischen Präparaten usw. wichtigen Betrieben oder Industriezweigen ein Mangel an Arbeitskräften eintritt und die Einziehung aller Arbeitsfähigen sowie die Ueberführung der gesetzlich gezogenen Schutzzentren notwendig wird. Nur für solche Fälle kann unsres Erachtens die Aufhebung der Schutzbestimmungen in Frage kommen. Vorläufig haben wir allerdings weniger einen Mangel als vielmehr einen Ueberfluß an Arbeitskräften, so daß die Aufhebung der Schutzbestimmungen kaum irgendwo nötig erscheint.“ Diese unsre Auffassung deckt sich durchaus mit der Begründung, die von der Regierung mit dem Gesetzentwurf dem Reichstag vorgelegt wurde. Sie deckt sich überdies auch mit der Auffassung aller einsichtigen Menschen; denn es wäre natürlich ein Skandal, wenn man Frauen und Kinder ohne Not Tag und Nacht in die Fabriken sperren würde, während zugleich unzählige Männer vergeblich nach Arbeit und Verdienst suchen. Anderer Meinung scheinen manche Unternehmer, ja ganze Unternehmerorganisationen zu sein. Die Tagespresse teilt nämlich mit, daß ein Industriellenverein der Provinz Sachsen beim Reichstanzler beantragte, für die zugehörigen Betriebe allgemeine Ausnahmen von den Bestimmungen der Gewerbeordnung über die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern zuzulassen. Das Reichsamt des Innern bewies erfreulicherweise für derlei umgekehrten Patriotismus kein Verständnis. Dem Verein wurde vielmehr folgende Antwort:

„Wenn ich auch nicht verkenne, daß Ihre Betriebe in den gegenwärtigen Kriegszeiten leistungsfähig erhalten werden müssen, so kann ich es doch nicht für zulässig erachten, Ihrem Antrage zu entsprechen.“ Das Gesetz vom 4. August 1914 will solche Ausnahmen nur für die äußersten Notfälle dann zulassen, wenn es nach Lage der Verhältnisse unumgänglich ist, ohne Aus-

nahmebewilligung auszunehmen, und insbesondere die betreffenden Arbeiten durch Männer, die Beschäftigungsbeschränkungen nicht unterliegen, ausführen zu lassen. Solange also — wie es gegenwärtig der Fall ist — eine überaus große Zahl von Männern infolge von Betriebsbeschränkungen gewerblicher Betriebe ohne Beschäftigung ist, würde es dem Gesetze zuwider sein, Beschränkungen der Gewerbeordnung in der Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern durch die Bewilligung von Ausnahmen zu durchbrechen. Wenn in der Eingabe darauf hingewiesen wird, daß jugendlichen und weiblichen Arbeitern durch die nachgesuchten Ausnahmen eine willkommene Arbeitsgelegenheit gegeben würde, so fällt dagegen entscheidend ins Gewicht, daß für die Frauen und Kinder der zum Kriegsdienst berufenen Arbeiter reichsgefährlich eine Fürsorge sichergestellt ist, die von den Kommunen vielfach noch eine wertvolle Ergänzung erfährt. Um eine geordnete Versorgung der gesamten arbeitenden Bevölkerung sicher zu stellen, muß deshalb mit allem Nachdruck dahin gewirkt werden, daß zu den Beschäftigungen der in Rede stehenden Ausnahmslos die verfügbaren Männer herangezogen werden, denen Mittel zum regelrechten Unterhalt für ihre eigenen Frauen und Kinder nur auf diese Weise zugeführt werden können.

Die Antwort des Reichsamts ist nicht nur sachlich durchaus zutreffend, sondern auch von so erfreulicher Deutlichkeit, daß sie hoffentlich andern Unternehmern den Mut nimmt, mit ähnlichen Forderungen zu kommen.

Noch etwas von der Arbeiterversicherung

In mehreren Notizen haben wir auf die Aenderung der Rechtsverhältnisse in und zu den Krankenkassen hingewiesen, wie sie durch das Gesetz vom 4. August dieses Jahres geschaffen ist. Dazu ist heute einiges nachzutragen für die beiden andern Versicherungseinrichtungen, die Invaliden- und die Unfallversicherung. Für die

Invalidenversicherung

sind zwar keine neue Rechtsnormen geschaffen, jedoch sind einige Bestimmungen des Invalidenversicherungsgesetzes in der jetzigen Zeit besonders beachtenswert. So sei daran erinnert, daß die zum Kriegsdienst eingezogenen Mitglieder der Invalidenversicherung auch dann beitragsfrei sind, wenn sie Lohn oder Gehalt weiter beziehen. Die Militärdienste werden bei der späteren Rentenfeststellung als Beitragswochen angerechnet.

Für die in versicherungspflichtiger Beschäftigung verbleibenden Personen sind auch während des Krieges Beitragsmarken zu verwenden.

Weiter wird den Angehörigen der zum Kriegsdienst eingezogenen Versicherten dringend geraten, deren Quittungskarte für die Invalidenversicherung aufrechen zu lassen und die Aufrechnungsbescheinigung sorgfältig aufzubewahren.

Für die

Unfallversicherung

hat eine Konferenz der Berufsgenossenschaften empfohlen, in den ersten drei Monaten der Kriegszeit Rentenherabsetzungen — abgesehen von ganz besonderen Fällen — nicht vorzunehmen. Von Kapitalabfindungen an Verletzte soll bis auf weiteres abgesehen und die Zahlung von Verletztenrenten der im Felde stehenden Rentenempfänger zu Händen der Angehörigen nach Möglichkeit erleichtert werden.

Mit der Andeutung, daß jetzt die Renten nicht herabgesetzt werden sollen, folgten die Berufsgenossenschaften einem Rundschreiben des Reichsversicherungsamts, das allen seiner Aufsicht unterstellten Landesversicherungsanstalten empfiehlt, von Rentenherabsetzungen in den nächsten drei Monaten abzusehen, Strafen nur in besonderen Fällen zu verhängen, verhängt aber niedersetzend, wo nicht höher Wille des Bestraften klar zutage liegt, und Revisionen gegen gefällte Urteile nur anzumelden, wenn das Berufungsurteil offenbar verfehlt ist. Diese allgemeine Milderung der Rentenversicherung, Bestrafung und Rentenprelle ist gewiß zu begrüßen; noch besser wäre es jedoch, wenn solche Erlasse gar nicht erst nötig wären.

Unternehmer, die ihre Pflicht erfüllen.

Die Familien der Kriegsteilnehmer erhalten vom Staate nur Unterstützung, wenn sie bedürftig sind, und auch dann nur in einer Höhe, die zur Deckung der Unterhaltskosten bei weitem nicht ausreicht. Um den Familien des Durchschnitters überhaupt zu ermöglichen, geben deshalb die Gemeinden, die dazu nur irgend in der Lage sind, Zuschüsse zu der monatlichen Unterstützung. Einige reiche und zugleich sozial verantwortliche Gemeinden haben ihren Zuschuß so bemessen, daß die materielle Not von der Familie abgewendet werden kann, wenn nicht ganz außerordentliche Umstände eintreten. Andere haben weniger getan oder tun können, und ein jeder weiß selber, was er tun oder will gar nichts geben als gute Nachbarn und hitzige Anstifter.

Es ist deshalb erwerbslos, daß eine Reihe von Unternehmern und Unternehmerverbänden sich um ihre soziale Pflicht bekümmern und den Familien der Kriegsteilnehmer Unterstützungen geben oder zugesichert haben. So gibt die Sacharia-Fabrik von Jahlberg, die in Sa. Magdeburg, den Familien der aus ihren Betrieben entlassenen Handwerker und Arbeiter für die Ehefrau in der Höhe von 25 Mk. und jedes Kind 1,75 Mk., jedoch insgesamt nicht mehr als 10,50 Mk. Die gemischte Fabrik von J. E. Strohschein, G. u. H. Berlin, zahlt den Arbeiterinnen, die auf dem Lande Arbeit annehmen, Minderentlohnung und einen Zuschuß von vierzig Prozent ihres jetzigen Wochenlohnes. Aus Wedel wird mitgeteilt, daß die Deutsche Salzwil-Dil-Ga. in Glinde den verheirateten Arbeitern, die zum Kriegsdienst eingezogen werden, einen Zuschuß im Betrage von 20 Mk. für einen Monat den Frauen und für weitere zwei Monate den halben Wochenlohn bezahlt. Derselben Unterstützung zahlt die Deutsche Amerikanische Petroleumgesellschaft. Die Elberfelder Farbwerke wollen wöchentlich 10 Mk. für die Frau und 3 Mk. für jedes Kind wöchentlich bezahlen. Bei der Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation in Berlin erhalten die Frauen pro Woche 10 Mk. und jedes Kind 3 Mk., bis zum Höchstbetrage von 20 Mk. Die Maggi-Gesellschaft in Berlin zahlt den Frauen pro Woche 10 Mk. für Kinder bis höchstens gewöhnliche Kinderbedürfnisse von 5 Pf. Die Waggfabrik Germania, Feinmann u. Co. in Leipzig zahlt an die Familien der eingezogenen 8 Mk. pro Woche. Die Zuckerraffinerie Halle gibt derselben Unterstützung wie der Staat, nämlich pro Monat 9 Mark für die Ehefrau und 6 Mark für jedes Kind unter 15 Jahren. Die Zuckerfabrik Zeitz gibt monatlich 6 Mk. für die Ehefrau und 3 Mk. für jedes Kind. Dagegen

20 Pfund Zucker und nach der Ernte 2 Zentner Kartoffeln. Die Zuckerfabrik Frankenthal sichert den Eingezogenen Wiedereinstellung zu und den in „Dienstwohnungen“ wohnenden Familien den „Genuß der Dienstwohnung“ für die Dauer des Krieges. Die Mischelungs-Fabrik in Chemnitz zahlt jeder Einrückende 25 Mk. in bar und die Unterstützung, daß die Familien der Eingezogenen während der Kriegszeit „sozialisch schützen“ will. Ueber Art und Umfang dieser Unterstützung soll Näheres noch bekanntgegeben werden. Die Ammenbacher Papierfabrik zahlt den verheirateten Beamten das volle Gehalt weiter; die Familien der eingezogenen Arbeiter erhalten 6 Mark monatlich für die Ehefrau und 4 Mark für jedes Kind unter 14 Jahren. Die Firma S. Frank & Söhne, Kaffee-Surrogatfabrik in Halle — die Firma hat mehrere Betriebe in Deutschland — gibt jedem ihrer einrückenden Arbeiter 20 Mk. Gehalt und zahlt den Familien eine Unterstützung von 1 Mark täglich; sind mehr als vier Kinder in der Familie, so wird für jedes weitere Kind der Unterstützungsbetrag um 20 Pfennig täglich erhöht. Einige Firmen geben statt Bargeld Naturalien usw. So hat die Direktion der Zementfabrik Kössen große Posten Mehl und Schweine angeschafft, Brot backen und Wurst- und Fleischwaren herstellen und diese an die Familien der Eingezogenen verteilen lassen.

So anerkanntwert haben leider nicht alle, ja leider nicht einmal sehr viele Unternehmer gehandelt. Viele haben sich ihrer sozialen Pflicht ganz entzogen, andre haben nur den Schein zu wahren versucht. So zahlt die Gummiwarenfabrik Traun u. Söhne, Garburg, den Familien der eingezogenen verheirateten Arbeiter zwar 8 Mk. und den Angehörigen der ledigen 4 Mk. pro Woche; aber sie nimmt diese Summen aus der Privatunterstützungskasse des Werkes, zu der die Arbeiter die Hälfte als Beiträge zugestimmt haben. Nun sind in dieser schweren Zeit ganz gewiß die Arbeiter noch mehr als sonst bereit, für ihre Mitarbeiter einzutreten. Dann wollen sie aber auch mitbestimmen, in welcher Form die Mittel aufgebracht und verteilt werden sollen. Das sollte auch die Firma Traun wissen und beachten.

Berichte aus den Zahlstellen.

Dresden. Unsere Zahlstelle hat durch den Krieg sehr gelitten. Bis jetzt (Mitte August) sind circa 750 unserer braven und bravsten Kollegen zum Kriegsdienst eingezogen, und täglich gehen noch Abmeldungen ein. Die Zahl wird sich ganz gewaltig vergrößern, wenn nun auch noch der Landsturm einberufen wird. Durch die Mobilmachung, nach welcher die auslandstehenden Ziegelarbeiter entweder in ihre Heimat reisen mußten oder freiwillig zu ihren Familien reisten, wieder andre (Russen usw.) heimlich verschwanden, wurden alle Ziegler bis auf wenige Ausnahmen stillgelegt. Auch in den wenigen, die nur noch das Notwendigste fertiggestellt. Lediglich die Ziegler Baugesellschaft hält den Betrieb bis auf weiteres aufrecht. Die Zahl der Abgereichten beträgt circa 260. — Die gemischte Industrie arbeitet mit dem vorhandenen Arbeiterbestand noch weiter. Doch mangelt es bereits an Kohlen und Holz. — Die Papierindustrie arbeitet eingeschränkt. Einer der größten Betriebe (Krause u. Baumann) hat zwar allen Leuten gestündigt, die Auflösung des Betriebsverhältnisses aber auf vier Wochen verschoben, um erst einen klaren Ueberblick zu bekommen. Eine ganze Anzahl anderer Betriebe, so die Druckereifabriken, möchten gern arbeiten, haben aber Mangel an Rohstoffen und Kohle. Die Arbeitslosigkeit ist denn auch bereits eine recht große. Bisher haben wir schon 1000 Arbeitslose und es ist nicht abzusehen, wieviel sich noch melden werden. Hier wird es nicht nur Pflicht der Gewerkschaften, sondern auch Pflicht der Behörden und Privaten sein, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln einzugreifen.

Leider muß konstatiert werden, daß sich einzelne Unternehmer die gegenwärtige Situation zunutze machen und Lohnabzüge vornehmen. In der Tapetenfabrik in Koswig wurden am Montag nach der Mobilmachung sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen entlassen. Durch Karte vom 10. August bestellte die Firma die verheirateten Arbeiter zu einer Besprechung der augenblicklichen Lage nach dem Kontor und eröffnete ihnen, daß die Firma bereit sei, eine Anzahl Arbeiter bei einer Arbeitszeit von 5 Stunden täglich für den Stundenlohn von 30 Pf. zu beschäftigen. Leider gingen die Arbeiter darauf ein, weil sie ja auch keine Möglichkeit der Abwehre hatten, indem die Drucker, die gerade von der jetzigen Maßnahme am meisten betroffen werden, dem Verbands der Tapetenrunder angehören. In der Strohschiffabrik Kötz, die durch die dort herrschende lange Arbeitszeit bekannt ist, wird der Betrieb noch teilweise aufrechterhalten. Es ist aber angekündigt, daß in kurzer Zeit nur noch 24 Stunden pro Woche gearbeitet werden soll. Die Firma beschäftigte sich auch mit der Unterstützung der Familien der zum Kriegsdienst eingezogenen und verlangte von ihren Arbeitern, daß jeder pro Tag 15 Pf. zur Unterstützung abführen solle. Die Arbeiter weigerten sich mit der Begründung, daß die Unterstützung in erster Linie Pflicht der Unternehmer sei, die mit ihrem Patriotismus sonst nicht genug prunken können. Die Firma mag nur den sogenannten Wohlfahrtsfonds, der 100 000 Mk. beträgt, angreifen, und je mag es der Arbeiterschaft überlassen, wie sie ihre Klagen gegen den Unterhalt.

Etwas humaner verfährt die Direktion der Deutschen Kunstlederfabrik in Kötz. Sie hat zwar auch den Betrieb eingeschränkt, weil alles Benzin beschlagnahmt wurde, beschäftigt aber gegenwärtig noch circa 90 Leute zu den alten Löhnen. Ausdrücklich ist gesagt worden, daß durch die Stilllegung des Betriebes das Arbeitsverhältnis nicht gelöst wird und daß auch die Dienstzeit zur Erlangung der Alterspension nicht unterbrochen wird. Den Arbeitern, die nicht beschäftigt werden, und den Zurückgebliebenen von zum Heere oder zur Marine eingezogenen wird folgende Unterstützung gezahlt: Für ledige 2,50 Mk. pro Woche, für Verheiratete 4 Mk. pro Woche, für jedes Kind 0,50 Mk. pro Woche. Wenn damit auch die Arbeiter nicht Berge versetzen können, so erlaube aber die Firma doch die Unterstützungspflicht an. Andre Firmen wollen zu der Unterstützung erst Stellung nehmen. Hoffentlich werden sie nicht viele davon auf ihre soziale Pflicht.

Frankfurt a. Main. Unsere Zahlstelle zählte am 15. August über 400 Arbeitslose und über 500 zum Militär eingezogene Kollegen. Die Zahlen schwanken allerdings fortgesetzt; ein Teil der Eingezogenen kehrt, weil unzulänglich oder im gegenwärtigen Augenblick überzählig, zurück. Arbeitslose erhalten wieder Arbeit, während andre, die bisher noch in Arbeit geblieben, arbeitslos werden. Vielfach laien Betriebe auch halbe Tage arbeiten. Diese Kollegen haben wir ersucht, sich nicht arbeitslos zu melden, sondern zu bedenken, daß Hunderte vorhanden seien, die überhaupt ohne Beschäftigung sind. Die Mehrzahl der Kollegen sieht dies auch ein und verzichtet auf die Unterstützung für die andern drei Tage. Wie überall, haben auch bei uns fast alle größeren und viele kleine Betriebe geschlossen. Mit Ausnahme der Mitteldeutschen Gummiwarenfabrik, die aber auch schon halbe Tage aussetzen läßt, haben alle andern Gummiabriken geschlossen: „Vogel-Werke“ Hanau, Gummiwarenfabrik „Gothonia“, Niederrad, Mittelrad und andre kleinere Betriebe. Die Pfeifenwerke Wetzlar, die Gießereiwerte Donau, die Glasmannfabriken, die Waggfabrik und Schmirgelabriken haben den größten Teil der Arbeiter entlassen. Ueberall ein trostloses Bild. Nur von sehr wenigen der noch arbeitenden Betriebe ist bekannt, daß sie ihren Arbeitern, die zu den Feldern gehen, eine Unterstützung wöchentlich gewähren; vielleicht tritt aber hierzu noch eine Aenderung ein, deshalb wollen wir für diesmal Abstand davon nehmen, diejenigen Kapitalisten zu veröffentlichen, die die Vertriebung ihres Vaterlandes leer ansahen und die Unterstützung der Familien andern überlassen.

Schweig. Kann können die Minnenarbeiter etwas aufatmen von dem Druck, der voriges Jahr infolge der wirtschaftlichen Krise in derer Minnenindustrie, auf ihnen lastete, da bringt der Ausbruch des Krieges wirtschaftliche Berge, die alles bisher Gedachte in den Schatten stellen. Sofort nach Ausbruch des Krieges schloß ein Teil der hiesigen Minnenbetriebe die Betriebe, der größte Teil folgte diesem Beispiel in den darauffolgenden Wochen. Der Grund liegt daran, daß fast alle Arbeiter für den Export arbeiten und die Aufträge infolge Kriegszwangszwang annulliert sind. Auch die Geldbeschaffung ist schwer oder direkt unmöglich, und die Fabrikanten, die weiter arbeiten lassen wollten, tun es infolge des Mangel an, das sie dann auf sich nehmen müssen. Die Anzahl der Zahl der Arbeitslosen ist, wenn man an besten erweisen an der Länge, daß in der Zahlstelle Schweig des Fabrikarbeiterverbandes mindestens 90 Prozent von Minnenbetriebe arbeitslos sind. Wir Sorgen, Angst und Bangen sehen diese Arbeitslosen in die Zukunft.

Da ist von Kriegsbegeisterung nichts zu spüren, und doch beneiden sie ihre zur Fahne einberufenen Kollegen. Ist doch für deren Familien wenigstens etwas gesorgt. Zustimmung findet es auch bei den Arbeitslosen, daß die Angehörigen der Kriegsteilnehmer von Gemeinden usw. unterstützt werden, doch schart sich nicht, daß sich niemand von dieser Seite wenigstens hier in Schweig nicht auf die dabei lebenden durch den Krieg auch notleidenden arbeitslosen Arbeiter besinn. Als einzige Rettung betrachten die Organisierten da noch ihren Verband. Leider waren nicht alle Minnenarbeiter klug genug, sich diese Hilfe rechtzeitig zu sichern. Mag ihnen das eine Wohnung für die Zukunft sein.

Wiesdorf-Bevölkerung. Infolge des Kriegsausbruches fühlt man sich in eine ganz andre Welt versetzt. Viele Betriebe, z. B. die Rheinische Sprengstofffabrik, die Zunderfabrik, haben ihren Betrieb ganz eingestellt, bei den übrigen Betrieben rauchen nur wenige Kamine. Holzwerke und Neubauten stehen verlassen da. Im Bezirk des 7. Armeekorps hat die Militärverwaltung — jedenfalls aus Rücksicht auf die Bergwerke — den Landsturm noch nicht aufgerufen. Infolgedessen gibt es hier eine Masse Arbeitslose. Eine Anzahl unserer Kollegen haben beim Festangsbau in Köln Verwendung und Arbeit gefunden. Eine ganze Anzahl lediger Leute hat sich auf Anraten der Farbwerkeleitung als freiwillige melden wollen, ist aber vorläufig nicht angekommen. Diese Leute sind nun außerhalb des Betriebes und ohne irgendwelche Unterstützung. Den Hinterbliebenen der im Felde stehenden wollen die Farbwerke mit Mitteln unter die Arme greifen. Laut Bekanntmachung soll die Frau 10 Mk. und jedes Kind 3 Mk. pro Woche erhalten. Wie lange, ist nicht gesagt. Ein anderer Teil der Arbeiter muß für denselben Lohn anstatt 8 jetzt 12 Stunden arbeiten, bei andern ist wieder die Schicht von 12 auf 9 Stunden, aber mit entsprechender Lohnkürzung, herabgesetzt. Die Lebensmittel nähern sich rapid den festgesetzten Höchstpreisen, trotzdem alles in Hülle und Fülle vorhanden ist. Die Gemeinde Wiesdorf hat einen Ausschuß eingesetzt, der prüfen soll, ob Zuschüsse bei den Familien notwendig sind. Die Dynamitfabrik vorm. Nobel u. Co. will auch etwas für ihre im Felde stehenden Leute tun; näheres ist noch nicht bekannt. Diese Fabrik hat in ihrer Abteilung für Kriegszwecke viel zu tun. In der Zahlstelle wird die Organisationsarbeit fortgesetzt. Die entstandenen Lücken der zwei Beitragskammer wird durch den Geschäftsführer ausgefüllt, der die Beiträge einholt. Bis jetzt zahlen die in Arbeit stehenden Kollegen willig ihre Beiträge, ein erfreuliches Zeichen von Solidarität, trotz Arbeitszeitverkürzung und teuren Preisen für die Lebenshaltung (Kartoffeln kosten 8 Pf. pro Pfund, manche „Patrioten“ verlangen für Salz 15 und 20 Pf. pro Pfund, Mehl und Fleisch haben im Preise etwas angezogen). Die Konsumgenossenschaft „Solidarität“ verkauft noch alles zum alten Preis.

Rundschau.

Eine Kriegsauskunftsstelle.

Das Kriegsministerium hat in Berlin NW 7, Dorotheenstraße 48, ein Zentralauskunftsbureau eingerichtet. Dieses Bureau gibt Auskunft über Gefallene, Verwundete, Vermißte usw. Es wird als wünschenswert bezeichnet, daß die an das Bureau gerichteten Anfragen kurz gehalten werden, denn ihre Durchsicht erfordert sonst zu viel Zeit, daß die Auskunft erpeditisch verzögert wird. Es wird ferner ersucht, zu Anfragen, die vorgeschrieben, bei der Post erhältlichen Doppelkarten zu benutzen; diese werden zuerst beantwortet. Sie sind also das beste Mittel, schnell die gewünschte Auskunft zu erhalten. Der Gesamtheit wird es ferner zugute kommen, wenn Anfragen auf solche Fälle beschränkt werden, wo die Vermutung wirklich begründet ist, daß der Familienangehörige, um den es sich handelt, auch in der Tat an einem Gesetzt teilgenommen hat.

Öffentliche Unterstützung in der Kriegszeit ist keine Armenunterstützung.

Das Reichsamt des Innern hat die Auffassung des sozialdemokratischen Parteivorstandes und der Gewerkschaften, daß Unterstützungen an Arbeitslose, die in der gegenwärtigen Kriegszeit gezahlt werden, nicht als Armenunterstützung anzusehen seien, als richtig anerkannt und wird einen Erlaß an die Bundesregierungen richten, wonach die Unterstützungen, die Arbeitslose jetzt aus öffentlichen Mitteln erhalten, nicht als Armenunterstützung anzusehen sind und deshalb die politischen Rechte nicht berühren.

Öffentliche Speisehallen

eröffnet das Rote Kreuz in Berlin. Die Verabfolgung der Speisen erfolgt gegen Marken, die von den Gewerkschaften und in gemeinnützigen Instituten ausgegeben werden. Der Preis für das Mittagessen beträgt 10 Pfennig. Dieser Betrag bildet nur einen kleinen Teil der Selbstkosten. In andern Städten sind gleichfalls schon öffentliche Speisehallen errichtet worden. Wenn der Krieg — was wir nicht hoffen — lange andauert, wird man in größerem Umfange zu solchen Einrichtungen kommen müssen.

Verbandsnachrichten.

Statistik. — Graue Karten.

Die Beobachtung des Arbeitsmarktes und damit auch die Feststellung der Arbeitslosigkeit unserer Mitglieder ist besonders während der Kriegszeit von größter Bedeutung. Die Ortsverbände werden deshalb ersucht, gewissenhaft zu berichten. Auch die Gauleitungen wollen, wenn nötig und möglich, der Berichtserstattung ihre Aufmerksamkeit schenken.

Für August sind die grauen Karten bis zum 4. September einzufenden. Dieser Termin muß eingehalten werden, weil das auf Grund der Karten festgestellte Gesamtergebnis für das Reich zum 9. des betreffenden Monats bereits an das Statistische Amt abgehen muß.

Als Stichtag zur Feststellung der Arbeitslosen am Orte und auf der Reise gilt der 29. August.

Vom 18. August an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

Rinteln 7.—, Dorich 82.—, Schlus: Montag, den 24. August, mittags 12 Uhr. Fr. Bruns, Kassier.

Verlorene und für ungültig erklärte Mitgliedsbücher und -Karten.

Nach-Nr.	Name des Mitgliedes	Geburtsdatum	Eintrittsdatum	Eingetretten in
526 216	Wihelm Löffel	17. 1. 62	14. 4. 12	Oldesloe
534 393	Otto Sorgenfrei	19. 1. 92	4. 3. 12	Hamburg
66 109	Wihelm Wöhrl	28. 8. 88	7. 11. 06	Sulgau
528 830	Emil Pentert	27. 11. 68	9. 2. 13	Rauha
309 002	Karoline Schmidt	11. 7. 69	14. 3. 08	Hamburg
515 310	Hermann Veier	16. 1. 68	3. 3. 13	Chemnitz
510 903	Alfred Langbein	16. 4. 84	11. 11. 11	Sonneberg
392 210	Friedrich Frei	23. 2. 73	29. 6. 03	Peilbroun
597 732	Edmund Hamburger	18. 1. —	10. 6. 13	Sonneberg
490 538	Robert Held	23. 10. 67	10. 3. 12	Afcherleben
546 544	Louis Briana	15. 8. 67	18. 5. 12	Dresden
556 010	Friedrich Hartmann	16. 12. 93	1. 3. 13	Darmstadt
Karten-Nr.				
379 335	Elise Knobloch	6. 6. 90	18. 1. 14	Hannover
354 825	August Thiem	31. 7. 80	29. 6. 13	Berlin
377 214	Alfred Bunde	4. 2. 91	8. 2. 14	Breslau
387 920	Georg Forster	9. 5. 91	27. 3. 14	Stuttgart
349 917	Wihelm Peter	25. 9. 67	1. 4. 14	Schötm